

Servicestation Monatsschrift

Autor(en): **Lienhard, Richard**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **53 (1974)**

Heft 1

PDF erstellt am: **19.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-338797>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Dr. Richard Lienhard

Servicestation Monatsschrift

In der Zeit, da das Todesurteil über die «Zürcher AZ» gefällt wurde, fragten mich Freunde (und weil ich viele Freunde zähle, fragten mich viele), wie es denn um die Weiterexistenz unserer Monatsschrift bestellt sei. Ohne Vorbehalt konnte ich antworten: Die Existenz unseres Blattes stand noch nie in Frage und ist im übrigen heute gesicherter denn je. In dem Zeitraum, da die Zahl der «Zürcher AZ»-Abonnenten einen zunehmenden Schwund erlitt, erhöhte sich die Auflage des «Profils» um etwa 30 Prozent. Unserer Zeitschrift kam und kommt zugute, dass die sozialdemokratischen Zeitungen in den letzten Jahren gezwungen waren, dem eiligen Leser zusehends grössere Zugeständnisse zu machen und immer mehr auf ausholende Artikel zu verzichten. Die mit einsamem Mut weiterkämpfende sozialdemokratische Tagespresse wird inskünftig mit einer noch geringern Seitenzahl auskommen müssen. Damit wird ihre Möglichkeit, über die Politik des Tages hinaus zu schreiben, noch beschränkter. Dadurch aber wächst das Bedürfnis nach einem Organ, welches bei der Behandlung von Grundsatzfragen sozialdemokratischer Politik, Wirtschaft und Kultur tiefer schürfen kann.

Die optimistische Prognose für unsere Zeitschrift gründet aber auch auf der erfreulichen Tatsache, dass sich unsere Abonnenten in der Regel durch besondere Treue zu unserm Blatt auszeichnen. Abbestellungen seitens langjähriger Abonnenten zählen zur grossen Seltenheit. So ist es mir denn ein Bedürfnis, an dieser Stelle einmal allen unsern Lesern herzlichen Dank zu sagen für ihre Solidarität zugunsten eines Organs, das sich nicht nur am Tagesgeschehen orientiert und deshalb manchen als Luxusartikel erscheinen mag. Diese Anhänglichkeit bedeutet für Mitarbeiter und Redaktor unserer Monatsschrift die Verpflichtung, mit unvermindertem Elan und ungebremstem Optimismus ihre Arbeit fortzusetzen.

Ein demokratisches Abenteuer

Die Schöpfer der «Roten Revue», der Vorgängerin vom «Profil», zeigten Zivilcourage und zunächst unbegründetes Vertrauen in die Zukunft, als sie für die schweizerische Sozialdemokratie eine theoretische Zeitschrift ins Leben riefen. Sie mussten sich bewusst sein, dass bei dem geistigen Klima unseres Landes die Gründung eines theoretisch-politischen Organs auf

steinigen Boden fiel. Dieses demokratische Abenteuer hat sich gelohnt. Unsere Schrift wurde zur Servicestation für geistig interessierte Kräfte, bei denen sich die Welt nach links dreht. In den frühern Jahrgängen der «Roten Revue», vor allem in der Zeit, da Valentin Gitermann mit Brillanz das Zepter der Schriftleitung führte, nahm die Theorie noch einen überragenden Platz ein: allerdings mit der Folge, dass die Abonnentenzahl stagnierte. Mittlerweile musste das Theoretische etwas zurücktreten zugunsten vermehrter Information im sozialistischen Sinn. Dazu zähle ich auch ausgesprochen wissenschaftliche Beiträge. Diese können nicht hoch genug geschätzt werden; denn wenn die Sozialdemokratie der sozialistischen Idee treu bleiben will, dann ist sie auf die systematische Zusammenarbeit von Politik und Wissenschaft angewiesen. Auf diese Weise soll unsere Zeitschrift dazu beitragen, geistige Kräfte für die Sozialdemokratie zu mobilisieren. Darüber hinaus muss unser Blatt noch mehr als bis anhin zu einem Diskussionsorgan werden. Dabei soll nicht um der Diskussion willen diskutiert werden. Sinn der Diskussion ist es, deren Ergebnisse zum Grundsätzlichen hinzuführen. Nur so wird die Diskussion zu einem Beitrag im politischen Ringen um die Gestaltung der zukünftigen Gesellschaft. Mit einer solchen Diskussion soll auch die geistige Unruhe in unserm Land gefördert werden; denn diese ist die Voraussetzung für ein Neu- und Umdenken. Sie ist heute nötiger denn je angesichts der auch hierzulande zu verspürenden Tendenz zur Selbstzufriedenheit und zum spiesserhaften Konformismus. So fällt unserem Blatt nach wie vor die Aufgabe zu, zur sozialistischen Bewusstseinsbildung beizutragen, und insofern mag es auch inskünftig in bürgerlichen Kreisen als Herausforderung betrachtet werden.

Parteiintern wird unsere Schrift mit dem Risiko leben müssen, die Vertreter des einen oder andern Flügels der SPS vor den Kopf zu stoßen; denn es gibt nicht nur eine neulinke Arroganz, sondern – mit Verlaub gesagt – auch eine aus Selbstzufriedenheit sich ergebende sozialdemokratische Arroganz. Mit unserer Kritik in die jeweils passende Richtung werden wir uns gelegentlich zwischen Stuhl und Bank versetzt sehen. So ist dafür gesorgt, dass sich unser Redaktionsboot weiterhin auf abenteuerlichem Kurs bewegen wird.

Redaktionelle Freiheit statt Parteistatut

Die grundlegende Idee der Sozialdemokratie ist der freiheitliche Sozialismus. Er ist der Inbegriff aller Hoffnung auf eine Gesellschaftsordnung, in der jeder Mensch menschenwürdig leben kann. Daraus erklärt sich die humanistische Zielsetzung jedes sozialdemokratischen Programms: die freie Entfaltung der Persönlichkeit. Bei der Begründung der Freiheitspostulate sehen wir Sozialdemokraten allerdings auch den gesellschaftlichen Aspekt: die Freiheit des einzelnen findet ihre Grenzen dort, wo die soziale Verpflichtung beginnt. Darum fordert die Sozialdemokratie kräftige Ein-

griffe ins Wirtschaftsleben. Nur so lässt sich die Freiheit des Fuchses im Hühnerstall verhindern. Dagegen bekennt sich die Sozialdemokratie im Bewusstsein des liberalen Erbes uneingeschränkt zur Meinungs- und Gewissensfreiheit. Dass dies nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis gilt, durfte ich in all den Jahren meiner Redaktionstätigkeit eindrücklich erleben. Nie musste ich mich dabei einem Parteistatut oder irgendwelchen Richtlinien eines Vorstandes unterwerfen. Die Parteipräsidenten Walther Bringolf, Fritz Grütter und Arthur Schmid unternahmen nie den leisesten Versuch, sich zum Zensor unserer Schrift zu erheben. Mochten im «Profil» gelegentlich noch so unorthodoxe und nonkonformistische Auffassungen geäußert werden, mochte der eine oder der andere Beitrag vom parteiamtlichen Standpunkt aus zu Recht als Provokation empfunden werden, der Redaktor wurde von der Geschäftsleitung der SPS noch nie zurückgebunden. Auch ist mir nicht bekannt, dass im Schosse des Parteivorstandes je einmal ein Antrag auf Ergänzung des Parteistatus gestellt wurde, etwa in dem Sinne: «Redaktor der sozialdemokratischen Monatsschrift kann nicht sein, wer eine Meinung vertritt, die der Auffassung oder den Richtlinien des Parteivorstandes widerspricht.»

Friedrich Austerlitz, sozialdemokratischer Zeitungsmacher der ersten Stunde und hervorragender Chefredaktor der «Wiener Arbeiterzeitung», hat einmal geäußert, ein Redaktor müsste, um wirklich frei wirken zu können, Eigentümer der Zeitung sein. Mir kam und kommt es gelegentlich vor, als sei ich Eigentümer der Zeitschrift «Profil».

Mit Recht bekennt sich der freiheitliche Sozialismus zur Vielfalt von Ideen und Meinungen als Motor zur geistigen Weiterentwicklung unserer Gesellschaft. Diese Vielfalt muss ihren Niederschlag in den Organen der Sozialdemokratie finden. Der Kampf um die politische Demokratie darf nicht innert statutengemäss errichteten Schranken geführt werden. Nur die weite Öffnung – geistig, gesellschaftlich, organisatorisch – kann zur Volksmehrheit führen. Besser als ein Parteiamtsblatt ist ein ausserhalb der Parteiorganisation redigiertes Organ in der Lage, als Servicestation für die Hirnmasse der politischen Linken zu dienen.

Meinungs- und Gewissensfreiheit statt Richtlinien

Wer für sich selbst Meinungs- und Gewissensfreiheit in Anspruch nimmt – und dies sogar als Redaktor oder Publizist –, muss sich konsequenterweise dafür einsetzen, dass diese Freiheitsrechte auch der Mitwelt uneingeschränkt zugute kommen. So wird die sozialdemokratische Monatsschrift zur Servicestation für jene, die sich in ihrer Meinungs- und Gewissensfreiheit bedroht fühlen. Eine solche Verpflichtung ist keineswegs etwa nur Theorie, die nie Praxis werden könnte. Es sei daran erinnert, dass kürzlich die Diskussion um die von der SPZ erlassenen Richtlinien für Behördemitglieder in der Öffentlichkeit starke Wogen schlug. Vom Grundsätzlichen her gesehen wäre an sich gegen Richtlinien nichts ein-

zuwenden, sofern es sich einfach um Erläuterungen von Parteistatuten handelte. Indiskutabel ist indessen jene Bestimmung, die anlässlich einer Delegiertenversammlung der SPZ eine unglückliche Zufallsmehrheit fand: «Die Parteibeschlüsse sind für die SP-Behördemitglieder verbindlich.» Verantwortlich für dieses Monstrum waren Delegierte, die offenbar so rot sahen, dass sie darob eines der obersten demokratischen Grundrechte vergassen. Kein Wort gegen Parteidisziplin; aber sie darf auch den Behördemitgliedern das Recht auf Meinungs- und Gewissensfreiheit nicht beschneiden. Mittels der Parteidisziplin lässt sich erreichen, dass die Durchführung eines Beschlusses gesichert werden kann; aber es geht nicht an, mit der Parteidisziplin die Identifizierung mit einem Beschluss zu erzwingen. Andernfalls wird die Parteidisziplin eine Gefahr für die Freiheit des einzelnen und für die Freiheit der Gesellschaft. Man erkläre nicht, dieser Beschluss der Delegiertenversammlung sei ja nur eine Art Lex Emilie Lieberherr oder ein Paragraph gegen Edwin Frech. Wer von der SP in eine Exekutive oder Legislative abgeordnet wird, für den gibt es keine andere Instanz als sein eigenes Wissen und Gewissen. Niemand kann ihm diese Instanz ersetzen, und schon gar nicht ein Parteivorstand, der aus Menschen besteht, die so gut und so schlecht, so klug und so dumm sind wie er selbst. Obergericht Dr. *Robert Levi* hat in der «Zürcher AZ» (22. November 1973) dargelegt, dass eine derartige Bindung der Behördemitglieder an Parteibeschlüsse staatsrechtlich unzulässig sei. Er hat bei dieser Gelegenheit auch zutreffend die Frage aufgeworfen, ob von solch «angebundenen Magistraten» noch eine aktive und initiative Verwaltungstätigkeit erwartet werden könnte. Diese Frage ist zu verneinen.

In diesem Zusammenhang ist einmal darauf hinzuweisen, dass eine moderne Demokratie nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der öffentlichen Verwaltung auf Führungskräfte angewiesen ist. Es geht nicht an, die Probleme der Demokratie immer nur aus dem Gesichtspunkt der von der neuen Linken mythologisierten Basis zu betrachten. Persönlichkeiten von Format sind aber auch in der Sozialdemokratie nicht im Ueberfluss vorhanden. Können sie schon für ein öffentliches Amt gewonnen werden, so haben sie ebenfalls Anspruch auf freie Entfaltung und Verwirklichung ihrer Fähigkeiten. Hier darf der Parteivorstand nicht als Hemmungsorgan wirken.

Am Anfang meiner beruflichen Tätigkeit war ich Gemeinderatsschreiber von Neuhausen am Rheinfluss. Als Gemeindepräsident dieser Industriegemeinde wirkte während Jahrzehnten *Ernst Illi*, der kürzlich inmitten einer illustren Gesellschaft seinen 70. Geburtstag feiern konnte. Er war einer der fähigsten Kommunalpolitiker, die ich kenne, und «seine» Gemeinde hat davon ausgiebig profitiert, wie anlässlich der genannten Feier einstige prominente politische Gegner – wenn nunmehr auch risikofrei – zugeben konnten. Für den ehemaligen Gemeinderatsschreiber ist es unvorstellbar, dass sich ein Ernst Illi von einem Parteivorstand an die Kan-

dare hätte nehmen lassen. Ein weiteres Beispiel liegt buchstäblich zum Greifen nah: Die Stadt Schaffhausen wäre nicht weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt geworden, wenn es nicht einen Stadtpräsidenten *Walther Bringolf* und eine seine Handschrift tragende Kulturpolitik gegeben hätte.

Dem Machtmissbrauch von Behördemitgliedern sind in der Demokratie Grenzen gesetzt. Nach Ablauf einer Amtsperiode ist jeder Magistrat in Kanton und Gemeinde auswechselbar, wenn er nicht mehr das Vertrauen des Parteivolkes genießt. Aber die Gewissensfreiheit des Magistraten darf durch keine parteiamtlich gebastelten Richtlinien eingeschränkt werden.

Servicestation für den Menschen

So ist es denn Aufgabe unserer Zeitschrift, nicht nur gesellschaftliche Probleme aufzuzeigen und das Selbstverständnis der Sozialdemokratie zu fördern, sondern auch nach dem Bild des konkreten Menschen zu fragen. Ohne Vorstellung vom Menschen kann es keine überzeugende Politik geben; denn alle Politik beginnt beim Menschen. Sie wird von ihm, für ihn und oftmals gegen ihn betrieben.

Zu Beginn des industriellen Zeitalters beherrschten die sozialen und wirtschaftlichen Fragen das Feld der Politik. In den letzten Jahrzehnten rückten Wissenschaft und Forschung stärker in den Vordergrund. Im letzten Drittel des Jahrhunderts – so scheint mir – dürfte die Frage nach dem Menschen radikaler gestellt werden. Mit der Wasserstoffbombe läßt sich kein neues Kapitel menschlichen Fortschritts schreiben. Entweder marschieren wir in ein humanistisches Zeitalter oder in gar keines.

Der Humanismus als eine dem Konservativismus entgegengesetzte Weltanschauung: das ist das sozialdemokratische Rhodos. Hier muss springen, wer behauptet, Mitarbeiter oder Redaktor einer sozialistischen Monatschrift zu sein.

Es hat sich nie darum gehandelt, eine Uniformität der Meinungen zu schaffen, es ist nie in unseren Auseinandersetzungen versucht worden, nur die «amtliche» Auffassung der Partei in theoretischen, geistigen, ideologischen Fragen gelten zu lassen. Durch die offene Aussprache, die freie Diskussion wurde «Die Zukunft» oft *zum Spiegel des Gewissens der sozialistischen Bewegung*.

*Karl Czernetz, Chefredakteur der sozialistischen Zeitschrift
«Die Zukunft» (SPÖ)*
